

> Ein Jahr Pflegemindestlohn: Gewerkschaftsfunktionär zieht Bilanz

„Wir mussten so manche Kröte schlucken!“

Seit gut einem Jahr gibt es den Pflegemindestlohn. Die Gewerkschaften hatten sich für ihn stark gemacht und ihn in zähen Verhandlungen schließlich durchsetzen können. Dabei mussten sie manches Zugeständnis machen, verbuchen es aber heute als Erfolg, dass es ihn überhaupt gibt. Er sieht einen Lohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde in Westdeutschland und 7,50 Euro in Ostdeutschland vor. 2012 und 2013 sind Erhöhungen von jeweils 25 Cent vereinbart. Der Mindestlohn stieß nicht nur auf Wohlwollen: Bereits im Vorfeld mussten sich seine Befürworter des Vorwurfes erwehren, er sei ein untaugliches Mittel, um in den Markt einzugreifen. Die *Pflegezeit-schrift* hat mit dem Verdi-Gewerkschaftssekretär Jürgen Wörner über den Mindestlohn gesprochen: Hat er sich in der Praxis bewährt? Die Antwort fiel differenziert aus: Wörner, der selber mit am Verhandlungstisch saß, berichtet, wie Arbeitgeber versuchen, den Mindestlohn zu umgehen, sagt, was seine Gewerkschaft dagegen unternimmt und erklärt, warum den Kräften des Marktes nicht zu trauen ist.

Herr Wörner, seit gut einem Jahr gibt es den Pflegemindestlohn. Hat er Ihre Erwartungen erfüllt?

Jürgen Wörner: Ja, auf jeden Fall. Kein Arbeitgeber darf jetzt weniger als 8,50 Euro in Westdeutschland und 7,50 Euro in Ostdeutschland zahlen.

Ist der Mindestlohn wirklich nötig? Arbeitgeber in der Pflegebranche jammern ständig über zu wenig Personal. Es gibt kaum Angebot und viel Nachfrage. Müssen die Kräfte des Marktes das nicht alleine regeln?

Jürgen Wörner: Ach, die Kräfte des Marktes! Wir haben ja in der Vergangenheit erlebt, wie der Markt die Löhne geregelt hat: nach unten. Wichtig ist, dass wir mit dem Mindestlohn einen Rechtsanspruch auf ein gewisses Lohnniveau haben. Niemand darf weniger bekommen. In der Vergangenheit haben es die Kräfte des Marktes nicht verhindert, dass Arbeitgeber bestimmte Situationen ausgenutzt haben: Voll examinierte Pflegekräfte wurden gern durch viel billigere Pflegehelfer ersetzt. Und deren Löhne lagen



Jürgen Wörner

Foto: verdi

nicht selten unter den 7,50 bzw. 8,50 Euro. Außerdem hatten es Pflegekräfte in dünn besiedelten Gegenden schwierig: In einigen Regionen gibt es nur ganz wenig Arbeitgeber. Arbeitnehmer, die nicht wegziehen können – etwa weil sie aus familiären Gründen ortsgebunden sind – können vom Wettbewerb nicht profitieren. Die mussten die niedrigen

Löhne akzeptieren.

Kritiker sehen in den Mindestlöhnen einen Anreiz für Schwarzarbeit ...

Jürgen Wörner: Ich wüsste nicht, wie das funktionieren soll. Dieses Argument kann ich nicht nachvollziehen. Die Lage ist doch eine ganz andere: Seit Mai dieses Jahres dürfen auch Pflegekräfte aus einigen osteuropäischen EU-Staaten – etwa aus Polen – in Deutschland arbeiten. Arbeitgeber in Deutschland hätten diesen Pflegekräften ein bisschen mehr Lohn als in Polen gezahlt. Das hätte Druck für die Löhne deutscher Krankenschwestern und Krankenpfleger bedeutet. Und dieser Druck kann enorm sein: Von 2014

an dürfen Pflegekräfte aus Rumänien in Deutschland arbeiten. Der derzeitige gesetzliche Mindestlohn liegt in Rumänien bei 71 Cent. Für diese Beträge hätten die hier völlig normal arbeiten können, wenn wir nicht den Mindestlohn ausgehandelt hätten.

Wie sah das Lohnniveau in Deutschland vor dem Mindestlohn aus?

Jürgen Wörner: Die meisten Pflegekräfte lagen über dem Mindestlohn. Das sichert ihnen ihr jeweiliger Tarifvertrag zu. Aber das war nicht überall so: Ich weiß von Fällen, in denen Pflegekräfte für 4,50 Euro in der Stunde gearbeitet haben.

Was hören Sie von der Basis: Halten sich die Arbeitgeber an den Mindestlohn?

Jürgen Wörner: Natürlich halten sich nicht alle daran. Das war zu erwarten. Aber wichtig ist, dass wir jetzt einen Rechtsanspruch haben. Wenn sich Pflegekräfte, denen zu wenig bezahlt wird, an uns wenden, dann ziehen wir vor Gericht. Einige Arbeitgeber scheuen nicht davor zurück, illegale Löhne zu zahlen. Da wird mit allen Mitteln versucht, den Mindestlohn zu umgehen. In eindeutigen Fällen können wir allerdings die Prozesse schnell für uns entscheiden.

Es gibt auch weniger eindeutige Fälle: Wie versuchen Arbeitgeber, den Mindestlohn zu umgehen?

Jürgen Wörner: Da kann man einen erstaunlichen Erfindungsreichtum beobachten. Ich gebe Ihnen ein konkretes Beispiel: An uns hat sich eine Arbeitnehmerin gewandt, die ein Festgehalt von 999 Euro bekommen hat. Daneben gab es Zuschläge für Feiertags-, Sonntags- und Nachtarbeit. Diese ganzen Zuschläge wurden in den Mindestlohn mit einberechnet. Das ist absolut unzulässig. Die Zuschläge müssen zusätzlich zum Mindestlohn gezahlt werden. Andere Vorgehensweisen dienen nur dazu, den Mindestlohn zu umgehen. Ganz perfide sind auch sogenannte 24-Stunden-Dienste. Die Arbeitsverträge sehen zum Beispiel eine normale 40-Stunden-Woche vor, die auch nach dem Min-

destlohn bezahlt wird. Aber darüber hinaus müssen die Arbeitnehmer noch Bereitschaftsdienste leisten: Nach acht Stunden Arbeit folgen 16 Stunden Bereitschaft. Das ist gesetzeswidrig und untergräbt den Mindestlohn.

Was machen Sie in solchen Fällen?

Jürgen Wörner: Wer bei uns Mitglied ist, dem bieten wir an, für ihn zu klagen. Da sind wir auch erfolgreich: Vor kurzem hat das Arbeitsgericht Berlin entschieden, dass es nicht zulässig ist, Leistungszuschläge in den Mindestlohn einzurechnen. Parallel zu den Prozessen, die wir anstrengen, informieren wir die „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“, eine bundesweit tätige Abteilung des Zolls, die die Aufgabe hat, illegale Beschäftigungsverhältnisse aufzuspüren und zur Anzeige zu bringen. Arbeitgeber können ein Bußgeld von bis zu 500.000 Euro kassieren.

Wie reagieren Arbeitgeber auf Ihr Engagement?

Jürgen Wörner: Das typische Verhalten besteht im Leugnen: Die behaupten erst einmal, bei ihnen sei alles in Ordnung.

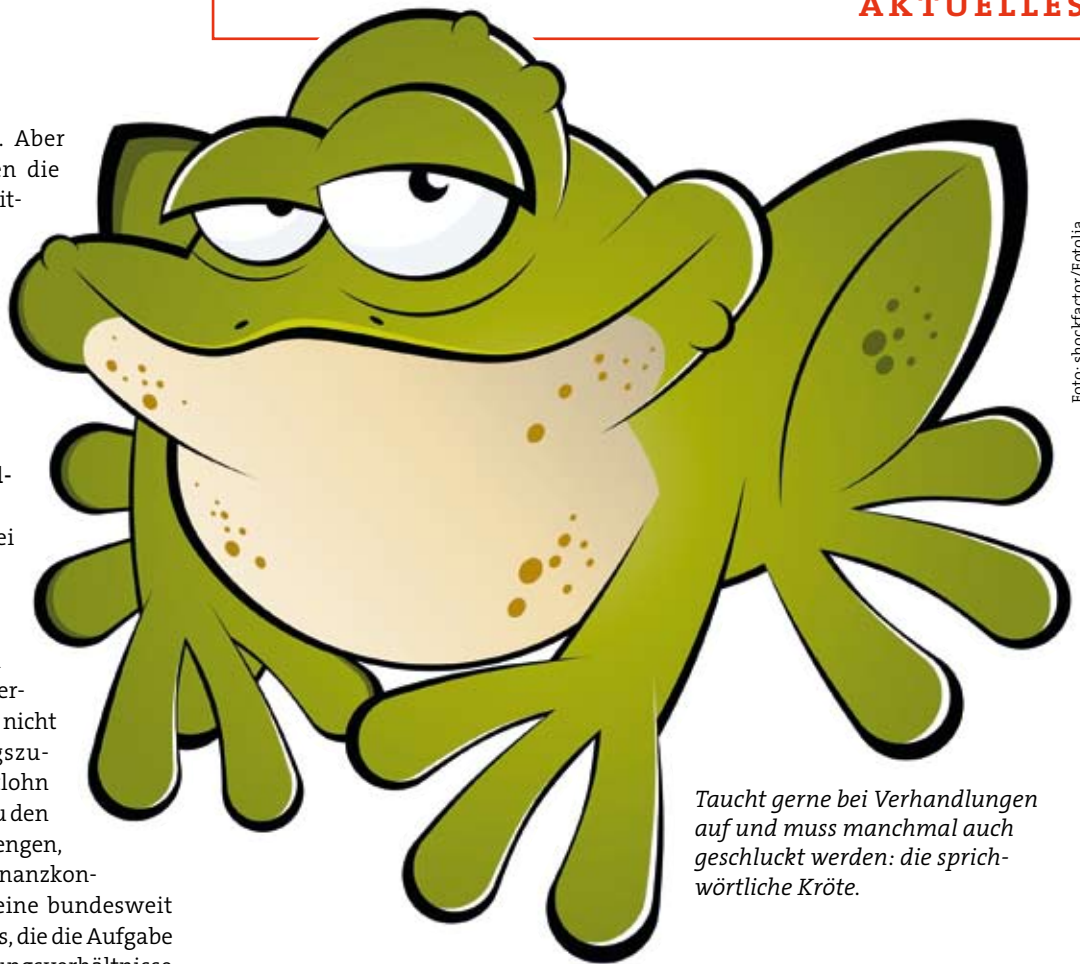
Nicht alle Arbeitnehmer wenden sich an Gewerkschaften oder gehen selber dagegen vor, dass ihr Gehalt unter dem Mindestlohn liegt ...

Jürgen Wörner: Ja, das gibt es. Viele scheuen den Konflikt mit Ihrem Arbeitgeber. Wer zum Beispiel ortsgelassen ist, der kann nicht einfach wegziehen und von der Flexibilität des Arbeitsmarktes profitieren.

Wie viele Pflegekräfte in Deutschland arbeiten für weniger als den Mindestlohn?

Jürgen Wörner: Das ist schwer zu sagen. Verlässliche Zahlen dazu gibt es nicht. Lassen Sie es mich so formulieren: Dieses Problem besteht in nicht unerheblichem Maße.

Mal von der Angst der Arbeitnehmer abgesehen: Mangelt es nicht auch am gewerkschaftlichen Organisations-



Taucht gerne bei Verhandlungen auf und muss manchmal auch geschluckt werden: die sprichwörtliche Kröte.

grad? Experten sprechen davon, dass nur etwa acht Prozent der in der Pflege Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert sind.

Jürgen Wörner: Ja, dieses Problem besteht. Insbesondere in der ambulanten Pflege haben wir damit zu kämpfen. Der Grund liegt vielleicht unter anderem darin, dass bei den ambulanten Pflegenden schwieriger ein Wir-Gefühl entsteht als bei Pflegekräften, die stationär arbeiten.

Sie haben 2009 und 2010 an den Verhandlungen zum Mindestlohn teilgenommen und mit den Arbeitgebern gefeilscht: Wie war die Atmosphäre?

Jürgen Wörner: Wir wollten 10,00 Euro haben. Das war mit der Arbeitgeberseite nicht zu machen. Für uns bestand zudem die Gefahr, dass ab Mai 2011 die Arbeitskräfte aus Polen und anderen osteuropäischen EU-Ländern in Deutschland arbeiten durften. Wenn wir bis dahin keinen Mindestlohn hinbekommen hätten, wären die Löhne im freien Fall gewesen. Daher mussten wir so manche Kröte schlucken.

Die Rahmenbedingungen waren also nicht einfach ...

Jürgen Wörner: Ja, etwas wunderbar war auch die Art und Weise, wie die

Kommission besetzt worden ist. Es gab eine gesetzliche Frist, innerhalb der die Kommissionsmitglieder benannt wurden. Plötzlich wurde diese Frist aus unerklärlichen Gründen per Verkündung im Bundesanzeiger um einen Monat verlängert. Wir haben auf Umwegen den eigentlichen Grund erfahren: Teile der Arbeitgeberseite waren gerade im Begriff, den „Arbeitgeberverband Pflege“ zu gründen. Damit dieser Interessenverband noch mit in die Kommission konnte, wurde die Frist einfach verlängert. Das zeigt, auf welcher Seite die Politik steht. << *chh*

Anzeige

**Sie haben das Personal.
Wir den Plan.**

www.geocon.de